

**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Energie, Natur- und  
Umweltschutz  
von Montag, 15.07.2019,  
auf dem Gelände des Wertstoffhofes Süd in Bürgstadt

Beginn der Sitzung:           14:00 Uhr  
Ende der Sitzung:            16:00 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.**

**Für den in der Zeit von 16:05 Uhr bis 17:35 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Frau Regina Frey  
Herr Boris Großkinsky  
Herr Peter Maurer  
Frau Monika Schuck  
Frau Dr. Nina Schüßler  
Herr Matthias Ullmer  
Herr Roland Weber  
Herr Günther Winkler  
Herr Frank Zimmermann  
Herr Karl-Heinz Bein  
Herr Dietmar Wolz

**Entschuldigt gefehlt haben:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Harald Blankart  
Herr Erwin Dotzel  
Herr Thorsten Meyerer  
Herr Engelbert Schmid

Vertretung durch Herrn Karl-Heinz Bein  
Vertretung durch Herrn Dietmar Wolz

**Tagesordnung:**

- 1 Wertstoffhof Bürgstadt  
Besichtigung und Bericht
- 2 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
- 3 Förderung der Verwendung von Mehrwegwindeln  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.06.2019
- 4 Klimaneutralität der Landkreisverwaltung  
Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER vom 01.07.2019
- 5 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

## **Wertstoffhof Bürgstadt Besichtigung und Bericht**

Frau Heim berichtet, dass der Wertstoffhof Bürgstadt seit 11.9.2017 in Betrieb ist. Die alternierenden Öffnungszeiten haben anfänglich zu Verwirrungen bei den Kundinnen und Kunden sowie zu Beschwerden geführt. Daher wurden vor einem Jahr gleichmäßige und zugleich stundenmäßig längere Öffnungszeiten eingeführt.

Beim Wertstoffhof Bürgstadt steigen seither die Anlieferungen deutlich an. Im Gegenzug sind in der Verwaltung keine Nachfragen mehr zu den Öffnungszeiten des Wertstoffhofes.

Kleine Änderungen beim Wertstoffhof:

Anmeldung:

- Verbesserung des Unterstandes durch Schließen der Luftdurchzüge
- halbseitiges Verschließen der Vorderfront
- Anbringen eines Sonnensegels zur Beschattung

Vergleichsvolumina:

Zum besseren Abschätzen, wie viel 200 l oder 1 m<sup>3</sup> tatsächlich sind, wurden Vergleichsbehälter aufgestellt, die auch zum Überprüfen der Anliefermenge hergenommen werden können.

Wertstofffraktionen:

Der aufgestellte 36 m<sup>3</sup>-Altkleider-Container war viel zu groß. Die Altkleider wurden darin zu lange gelagert. Daher: Aufstellung von zwei Kleider-Depotcontainern durch das BRK. Die Textilien werden auch durch das BRK abgeholt. Dadurch hat sich die Qualität der Alttextilien deutlich verbessert und auch die wiederverwendbare Menge erhöht.

Der freigewordene 36 m<sup>3</sup>-Containerstellplatz und Container wird für brennbare Baustellenabfälle genutzt, so dass nun eine Trennung zwischen brennbaren und nicht-brennbaren Baustellenabfällen erfolgen kann. Dies ist wichtig, da die Sperrmüllanlieferungen meist gebührenfrei (Freimengenregelung!) erfolgen, während Baustellenabfälle von Beginn an gebührenpflichtig sind. Dies war den Kundinnen und Kunden schwer zu vermitteln, so lange beide Abfallfraktionen im gleichen Container gesammelt wurden.

Insgesamt werden in Bürgstadt 28 verschiedene Abfallfraktionen gesammelt.

Mengen:	2018: 120 Containern	953,59 Tonnen Abfälle
	2019 (1.HJ): 68 Containern	596,80 Tonnen Abfälle
	2019 (Hochre) 136 Container	1.193,6 Tonnen Abfälle

Anlieferzahlen:

2018:	9.157	
2019 (1.HJ)	6.594	
2019 (Hochrechnung)		13.188

PV-Anlage:

- 288 Modulen in dachparalleler Ausführung und
- 1 Wechselrichter,
- Anlagengröße ca. 80,64 kWp, bei Ansatz eines Standardmoduls mit 280 Wp Nennleistung,
- Stromerzeugung für den Eigenbedarf mit Überschusseinspeisung,
- öffentliche Ausschreibung läuft momentan, Auftragsvergabe bis Ende August,
- Montage ist von September bis Oktober eingeplant.

Befestigung der Stellfläche für Ersatzcontainer:

Im Betrieb hat sich gezeigt, dass Schotterfläche ungeeignet ist. Deshalb wird der Containerabstellplatz mit Stelconplatten befestigt. Die Kosten betragen geschätzt 35.000 € zuzüglich Ingenieurkosten, planmäßig aber weniger als 50.000 €. Die Kosten sind auch im Haushalt eingeplant. Derzeit läuft die Preisanfrage. Der Bau ist für Herbst angedacht.

**Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 2:

### **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Der Ausschuss für Energie-, Natur- und Umweltschutz fasste in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 26.03.2019 folgende Beschlüsse:

#### **Beschaffung von Diesel für Kreismülldeponie Guggenberg und Müllumladestation Erlenbach**

Die Beschaffung von ca. 120.000 Liter Diesel für Kreismülldeponie Guggenberg und Müllumladestation Erlenbach war neu auszuschreiben. Den Zuschlag Diesel je nach Bedarf zu liefern erhielt die Firma BayWa AG nach öffentlicher Ausschreibung für die Zeit vom 01.04.2019 bis zum 31.03.2020.

#### **Stromlieferung an die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises im Jahr 2020**

Im Hinblick auf die steigenden Strompreise wird der Vertrag mit den Gemeindewerken Oberhaching GmbH vom 16.10.2017 über den Ökostrombezug für die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises nicht gekündigt und verlängert sich somit bis 31.12.2020.

#### **Reinigung und Kamerabefahrung von Deponiesickerwasser- und Oberflächenwasserleitungen**

Der Landkreis Miltenberg muss die Sickerwasser- und Oberflächenwasserleitungen seiner Deponien regelmäßig durch eine Fachfirma reinigen und anschließend kamerabefahren lassen. Die Leistungen für die Jahre 2019 und 2020 waren öffentlich ausgeschrieben worden. Den Auftrag für die Deponien Guggenberg, Wörth und Schippach erhielt die Firma Kanal-Türpe Gochsheim GmbH & Co. KG, Blomberg zu einem Preis von 122.239,85 € inkl. Mehrwertsteuer.

Zur Beweissicherung, dass von seinen Deponien keine negativen Auswirkungen ausgehen, wird das Sicker-, Grund- und Oberflächenwasser regelmäßig durch ein anerkanntes Labor beprobt. Den Auftrag hierfür erhielt für 4 Jahre bis Ende 2022 das Institut Dr. Nuss, Bad Kissingen zum Brutto-Gesamtpreis von 97.766,83 €.

Altdeponie Großheubach - Kauf des Grundstücks Fl.-Nr. 3036, Gemarkung Großheubach, durch den Landkreis Miltenberg

Die Fläche, auf der die ehemalige Kreismülldeponie Großheubach errichtet wurde, ist überwiegend in Privatbesitz. Der Kreistag beschloss nach Empfehlung durch den Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz, dass der Landkreis Miltenberg das Grundstück nach Möglichkeit erwirbt.

Tagesordnungspunkt 3:

**Förderung der Verwendung von Mehrwegwindeln**  
**Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.06.2019**

Landrat Scherf trägt vor, dass mit Schreiben vom 30.06.2019 die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragte, im Landkreis Miltenberg die Verwendung von Mehrwegwindeln als Maßnahme zur Abfallvermeidung zu fördern. Hierfür sollen pro Kind im 1. und 2. Lebensjahr jeweils bis zu 150,00 € Zuschuss gewährt werden, wenn mit Mehrwegwindeln gewickelt oder ein Windeldienst in Anspruch genommen wird.

Grundsätzlich sind Abfallvermeidungsmaßnahmen unterstützenswert. Allerdings muss die Förderung der Verwendung von Mehrwegwindeln in das Abfallwirtschaftssystem des Landkreises Miltenberg eingepasst und mit anderen Maßnahmen wie der kostenlosen Ausgabe von Windelsäcken koordiniert werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, bis zur Herbstsitzung des Ausschusses für Energie, Natur- und Umweltschutz ein Konzept zur Förderung des Einsatzes von Mehrwegwindeln auszuarbeiten, die damit verbundenen Kosten zu ermitteln und die Ausgaben ggf. im Haushalt einzuplanen.

Bereits jetzt möchte man aber darauf hinweisen, dass es seitens des Landkreises Miltenberg nicht möglich ist, bei frischgebackenen Eltern proaktiv für die Nutzung von Mehrwegwindeln zu werben, da die erforderlichen Daten nicht vorhanden sind.

Kreisrätin Dr. Schüßler bemerkt, dass die erforderlichen Daten dem Jugendamt bekannt seien, da die Eltern das Willkommenspaket zugeschickt bekämen. Ihre Idee sei, dass man diesem Paket gleich ein Anschreiben oder einen Flyer beilegen könne. Im Moment gebe es in Bezug auf Stoffwindeln für frischgebackene Eltern keine proaktive Aktion des Landratsamtes. Es gebe zwar ein solches Paket, aber die Eltern müssten wissen, dass man dieses auch beantragen könne.

Sie berichtet von der Korrespondenz mit dem Mitarbeiter in der Kommunalen Abfallwirtschaft in Aschaffenburg, die bereits seit 1997 Mehrwegwindeln bezuschussten. Der Zeitbedarf eines Mitarbeiters für einen solchen Antrag betrage dort 10 bis 15 Minuten. 2017 habe es 116 Bezuschussungen, 2018 ca. 150 Bezuschussungen gegeben. Sie beobachteten auch, dass es einen deutlichen Zuwachs der Anträge gebe.

Eine große Stellschraube sei ihrer Meinung, das Ganze bekanntzumachen. Man könne z.B. Flyer im Landratsamt bzw. im Jugendamt auslegen, auch auf den Gemeinden. Man könne bei Abholung von Windelsäcken auch einen Flyer mitgeben. Es gebe viele Möglichkeiten, junge Eltern zu informieren.

Kreisrat Wolz teilt den Antrag nicht. Er habe mit jungen Eltern gesprochen, wonach der Tenor ernüchternd sei. Er habe auf einer Internetseite nachgeschaut, wie viele Gemeinden, Kommunen und Landkreise bei solch einer Aktion mitmachen würden. Dies seien ca. 40 deutschlandweit, was nach seiner Meinung bedeute, dass der Bedarf nicht groß sei.

Ein Problem sehe er in der Kontrolle der Umsetzung. Wenn der Antrag gestellt werde, müsse dieser auch umgesetzt werden. Diese Umsetzung stehe noch offen.

Kleine Änderungen, wie z.B. waschbare Unterlagen, Plastikvermeidung usw. wären auf Dauer sicher sinnvoller und für die Umwelt genauso wichtig.

Landrat Scherf antwortet auf die Frage von Kreisrat Ullmer, dass es im Landkreis ungefähr 1.100 Geburten gebe. Im Landkreis Aschaffenburg, der größer sei als der Landkreis Miltenberg, hätten im letzten Jahr 124 Eltern dieses Angebot angenommen. Wenn man dem die Größenordnung von 1.100 Geburten entgegensetze, sei es nur ein geringer Teil der Eltern, die dieses Angebot in Anspruch nehmen. Die Eltern müssten sich entscheiden. In dem Moment, wo sie den Windelsack annehmen, bekommen sie hier die Förderung. Die Entscheidung zur Förderung für Mehrwegwindeln müsste vorher fallen.

Zur Kontrolle erklärt Frau Heim, dass es die Aschaffener Kollegen so handhaben, dass wenn die Rechnung vorgelegt und geprüft worden sei, gebe es bis zu 100,00 Euro pro Jahr. Eine Verwendungskontrolle fände nicht statt, da der Aufwand zu groß sei.

Die Frage sei, wo der Schwerpunkt gelegt werde. Alte Ökobilanzen sagten, dass es durch weniger Abfall günstiger sei. Andere wiederum sagten, durch den Wasserverbrauch oder gefahrene Kilometer, wenn man einen Windelservice in Anspruch nehme, werde die Abfallvermeidung an Abwasser oder CO<sub>2</sub> wieder dazu.

Kreisrat Ullmer sagt, wenn man Abfallvermeidung in den Vordergrund stelle, sei die Maßnahme zu begrüßen.

Kreisrat Dr. Fahn fragt, ob es eine objektive Ökobilanz zu diesem Thema gebe.

Landrat Scherf erklärt, dass es mehrere verschiedene Ökobilanzen gebe.

Kreisrätin Frey sagt, dass die Stoffwindeln ein schlechtes Image hätten. Dass es aber heute andere und bessere Systeme gebe als vor 40 Jahren, es sei eine Umgewöhnung.

Eine Option sei, mit dem Willkommenspaket des Jugendamtes für Familien mit Neugeborenen für die Aktion Werbung zu machen, schlägt Landrat Scherf vor, egal ob mit oder ohne Zuschuss.

Kreisrätin Dr. Schüßler erklärt, dass es zwei große Studien, eine britische und eine australische, zu diesem Thema gebe. Beide seien um die 10 Jahre alt. Die eine Studie komme zu dem Ergebnis, dass sich ab dem 1. Kind die Ökobilanz in etwa gleich verhalte, Stoffwindeln für das zweite Kind vorteilhaft seien. Die zweite Studie käme zu dem Schluss, dass Stoffwindeln eine bessere Ökobilanz hätten.

Man könne z.B. einen Trockner verwenden, der eine sehr schlechte Effizienzklasse habe, oder man lasse die Windeln an der Luft trocknen. Es gebe auch verschiedene Systeme, die mehr oder weniger gut zur Ökobilanz beitragen. Es gebe auch Stoffwindeln auch verschiedenen Materialien.

Es gehe darum, dass der Landkreis Miltenberg ein Signal setze, dass Stoffwindeln generell eine gute Sache seien. Im Moment würde nur über die Windelsäcke die Einsetzung von Einwegwindeln unterstützt, aber es sei nicht so, dass man einen anderen ökologischen Ansatz unterstütze. Die Vorschläge von Kreisrat Wolz zu weiteren Maßnahmen, wie man positiv und ressourcenschonend arbeiten könne, könnten in einen Flyer durchaus mit aufgenommen werden.

Kreisrat Weber ist der Meinung, dass die Verwaltung das Konzept auf jeden Fall ausarbeiten solle und im Herbst darüber entschieden werden solle.

Kreisrat Wolz hat nichts gegen die Abfallvermeidung. Er habe ein Problem, dass man keine Kontrolle ausüben könne. Er fände es gut, eine Stoffwindel mit in das Willkommenspaket reinzulegen. Damit habe man mit einem Flyer geworben, habe den Eltern eine Windel zum Ausprobieren an die Hand gegeben. Damit wäre seiner Meinung nach mehr geholfen.

Dies wäre im Falle einer Ablehnung des Beschlusses eine Alternative, so Landrat Scherf.

Kreisrätin Schuck findet, dass junge Eltern bereits informiert seien. Auch bereits viele Kinderkrippen würden Stoffwindeln benutzen.

Kreisrätin Dr. Schüßler merkt an, dass es eine so große Auswahl an Stoffwindeln gebe, dass es schwer sei, die passende im Paket beizulegen.

## **Der Ausschuss fasst bei einer Gegenstimme den**

### **mehrheitlichen Beschluss:**

Die Verwendung von Mehrwegwindeln mit finanzieller Förderung als Abfallvermeidungsmaßnahme soll im familienfreundlichen Landkreis Miltenberg gefördert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung ein Konzept auszuarbeiten.

Tagesordnungspunkt 4:

### **Klimaneutralität der Landkreisverwaltung**

#### **Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER vom 01.07.2019**

Landrat Scherf trägt vor, dass die Fraktion Freie Wähler mit Schreiben vom 1.07.2019 beantragte, der Landkreis Miltenberg möge bis Ende des Jahres 2019 einen konkreten Stufenplan zur Umsetzung der im Entwurf des sog. „Versöhnungsgesetzes“ der Bayerischen Staatsregierung den Kommunen empfohlenen Klimaneutralität der Verwaltung entwerfen sowie in den klimaneutralen Postversand einsteigen.

Bezüglich des Entwurfs des sog. „Versöhnungsgesetzes“ und der bereits vom Landrat in der Kreistagssitzung am 28. Mai bekannt gegebenen Empfehlung der Klimaneutralität (bis 2030) wird seitens der Verwaltung empfohlen, sowohl den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens als auch die zur Umsetzung wichtigen Richtlinien abzuwarten.

Die bisherigen und umfangreichen Maßnahmen zur Reduzierung der Klimagase im direkten Wirkungsfeld des Landratsamts sowie der zum Landkreis Miltenberg gehörenden Liegenschaften (z.B. Schulen) werden auch ohne einen „neuen Stufenplan“ konsequent in enger Abstimmung mit dem Kreistag fortgesetzt.

#### Im Bereich der systematischen Energiedatenerfassung und Gebäudesteuerung:

- Aufbau eines Energiemanagement Systems für die kreiseigenen Liegenschaften
- Erstellung von Energieberichten mit Energiekennzahlen zur Identifizierung von Verbesserungspotentialen
- Schwerpunktthema Energie im Rahmen der Begehungen der Liegenschaften durch die Schulkommission des Kreistags
- Aufbau einer landkreisweiten Gebäudeleittechnik zur effizienten Steuerung der technischen Anlagen in den Landkreisschulen

#### Im Bereich Wärmeversorgung der Gebäude des Landkreises:

- Abbau von Überkapazitäten bestehender Heizungsanlagen und Ersatz von Anlagen durch energieeffizientere Anlagen
- weitgehende Dekarbonisierung der Wärmebereitstellung des Schulzentrums Miltenberg durch die Nutzung der industriellen Abwärme der Firma Fripa in einem Nahwärmeverbund. Im vergangenen Winter konnten laut dadurch deutlich über 90 Prozent des Wärmebedarfs des Schulzentrums mit der Abwärme der FRIPA gedeckt werden.
- Vorbereitende Planungen zur Optimierung der Wärmeversorgung des Landratsamtes in Miltenberg

- Einsatz von Blockheizkraftwerken in der Berufsschule in Miltenberg und im Hermann-Staudinger-Gymnasium in Erlenbach zur effizienteren Nutzung der eingesetzten Energie, durch gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme
- Nutzung von Biomasse durch den Einsatz von Holzhackschnitzel-Kesseln im Schulzentrum Obernburg und Schulzentrum Eisenfeld
- Einbau von Lüftungssystemen mit Wärmerückgewinnung zur Minimierung von Wärmeverlusten bei den Sanierungen der Realschule in Obernburg, dem Gymnasium in Erlenbach und dem Gymnasium in Miltenberg sowie in den sanierten Bereichen der Berufsschulen
- Optimierung der Warmwasserversorgung in der Dreifachturnhalle in Miltenberg durch Frischwasserstationen
- Austausch der Lüftungsanlagen im Landratsamt Miltenberg durch energieeffizientere Anlagen mit WRG

#### Im städtebaulichen Kontext:

- Vorrang von Sanierungslösungen vor Neubauten zur Optimierung der grauen Energie (RSO, HSG, JBG)

#### Energetische Optimierung der Gebäudehüllen durch:

- Reduzierung des spezifischen Energiebedarfs pro Kubikmeter beheiztem Raum bei sonst gleichen Bedingungen durch Verbesserung der Kompaktheit der Gebäude im Rahmen von Generalsanierungen, das heißt Verringerung des A/V-Verhältnisses (Main-Limes-Realschule Obernburg, Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg)
- Dämmung der Gebäudehüllen und der Versorgungsleitungen über den gesetzlich vorgeschriebenen Standard hinaus (RSO, JBG, HSG, BSO)

#### Im Bereich der Stromversorgung und des Stromverbrauchs:

- Bezug von zertifiziertem Öko-Strom mit Neubauquote für Anlagen erneuerbarer Energien für sämtliche Liegenschaften
- Nutzung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen (JBG, LRA, BSO)
- Die fortlaufende Erschließung der Dachflächen für die Nutzung von Photovoltaik, um einen großen Anteil des Strombedarfs der Gebäude direkt mit Solarstrom zu decken
- Die Umstellung der Beleuchtung auf energiesparende LED-Technik (Untermainhalle, Schulcampus Hochschule MIL, RSO, JBG, HSG)
- Umstellung der sanitären Anlagen auf wassersparende Techniken, Einbau von wasserlosen Urinalen
- Optimierung der Heizsysteme durch den Einsatz von effizienten Pumpen und das Durchführen Hydraulischer Abgleiche der Heizungsanlagen

#### Im Bereich der Mobilität:

- Reduzierung der notwendigen KFZ-Wege durch Verlegung des Gärtnerstützpunktes nach Eisenfeld
- Einsatz von sechs Hybrid-Fahrzeugen und zwei Elektroautos im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten der Elektroverkabelung, aktuell Prüfung der notwendigen Investitionen für den Ausbau des klimaschonenden Fuhrparks
- Prüfung des Einsatzes von Diensträdern
- Bau und Betrieb von öffentlichen Ladepunkte an Kreisliegenschaften für E-Autos und Pedelcs

Im Bereich der Nutzer:

- Ökoprotit (Landratsamt, RSM)
- Energieprojekte für Schulen (RSM)

Zum beantragten Einstieg in den klimaneutralen Postversand gehört der Bereich der Beschaffung:

- Paketzustellung: Kompensationsprogramm „GoGreen“ mit unserem Partner Deutsche Post, mit dem u.a. erreicht werden soll, dass bis 2025 70% aller Pakete mit dem Rad oder E-Auto zugestellt werden.
- Briefzustellung: Kompensationsprogramm „BeBLUE“ mit unserem Partner Main-BriefLogistik, Umstellung ab 1.8.2019
- Umstellung des „Blickpunkt MIL“ auf ein ökologisch hochwertiges, mit dem „Blauen Engel“ zertifiziertes Papier

Nicht näher eingegangen wird auf die Aktivitäten der Energieagentur Bayerischer Untermain sowie auf Aktivitäten und Projekte zur Förderung des Klimaschutzes und der Energiewende auf Landkreisebene wie z.B.

- die Energieberatung für Bürger in Zusammenarbeit mit dem Verbrauchservice Bayern,
- die Energieaktionen in den Schulen und die Teilnahme am Projekt Ökoprotit,
- die Förderung des Ausbaus der regenerativen Energien durch das Solarpotentialkataster,
- die Erstellung des Radwegkonzeptes des Landkreises Miltenberg,
- Projekte wie Stadtradeln oder
- den Ausbau von Bus und Bahn im Landkreis Miltenberg und das in Konzipierung befindliche Projekt für eine Flexibilisierung des Busangebots durch einen On-Demand-Verkehr.
- die Initiierung des bundesweit ausgezeichneten Projekts Walderfahren zur Förderung des Radfahrens,
- die Mitwirkung am Gutachten des Regionalverbands „Mobilität und Siedlung am Bayerischen Untermain“,
- der Bau eines dritten Wertstoffhofs in Bürgstadt zur Minimierung der Wege für die Bevölkerung und zur Erhöhung der stofflichen Verwertung)
- die vielfältigen Aktivitäten der Energieagentur.

Landrat Scherf verweist auf die entsprechenden Berichte der einzelnen Bereiche sowie den Bericht des Klimaschutzmanagers in der Herbstsitzung des Ausschusses für Energie, Natur- und Umweltschutz.

Kreisrat Dr. Fahn wisse, was der Landkreis an Energiesparmaßnahmen bereits gemacht habe. Bei der Klimaneutralität gehe es aber noch einen Schritt weiter. Es werde im Moment deutschlandweit und europaweit sehr stark diskutiert, dass der Treibhausausstoß in Deutschland zu groß sei, pro Kopf 11,6 Tonnen. Auch in Deutschland sei der ökologische Fußabdruck viel zu hoch. Klimaneutralität – was heißt das? Es geht so, dass man den gesamten Energieverbrauch des Landratsamtes und der Liegenschaften ermitteln müsse. Der sei bereits ermittelt worden. Dann gehe es darum, den Energieverbrauch in CO<sup>2</sup> umzurechnen.

nen. Klimaneutralität heißt, dass man versuchen müsse, diesen CO<sup>2</sup>-Verbrauch auf 0 zu reduzieren. Dies sei ein hehres Ziel. Daher müsse man viele Maßnahmen ergreifen.

Die Freien Wähler hätten den Antrag auch deshalb gestellt, weil das Thema diesen Donnerstag auch in den Landtag käme. Es werde empfohlen, dass Kommunen analog vorgehen. Natürlich könne man den Kommunen nichts vorschreiben, aber es gehe konkret um eine Vorbildwirkung. Deswegen wäre es sinnvoll und richtig, wenn der Landkreis mit seinen Liegenschaften analog vorgehe. Man müsse jetzt konkret vorgehen, weil Klimaneutralität das Thema der Gegenwart sei. Es gebe schon einige Bundesländer, die dies beschlossen hätten.

Für die Herbstsitzung wäre es wichtig, von der Verwaltung eine Bestandsaufnahme des aktuellen Energieverbrauchs des Landratsamtes und seiner Liegenschaften bekomme. Danach könne man überlegen, wie man den CO<sup>2</sup>-Verbrauch reduzieren könne. Zum klimaneutralen Postversand mit GoGreen erklärt Kreisrat Dr. Fahn, dass auf der Post, die vom Landratsamt verschickt werde, auch immer GoGreen stehen solle. Er verweist auf verschiedene Landkreise, die mit GoGreen arbeiten, und dies auch dementsprechend gut vermarktet würde.

Landrat Scherf antwortet, dass man sich beim Ziel vollkommen einig sei und die entsprechenden Daten fänden sich in den jährlichen Energieberichten des Landratsamtes.

Kreisrat Dr. Fahn fordere eine Klimabilanz des Landratsamtes, die ihm für das vergangene Jahr bereits länger vorliege. Im Herbst werde die neue Bilanz im Ausschuss vorgelegt.

Landrat Scherf schlägt vor, abzuwarten, wie der Bayerische Landtag die Gemeinden bei der Umsetzung unterstützen werde.

Kein einziger seiner Mitarbeiter habe einen halben Tag frei, um noch einmal zusätzlich ein neues Konzept zu entwerfen. In allen Bereichen arbeite man immer mit einer hohen Priorität daran, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren.

Wenn man für einen Brief einen Cent mehr bezahle, reduziere man erst einmal nicht den CO<sup>2</sup>-Verbrauch. Man zahle einen Cent pro Brief, um über Klimaschutzprojekte eine Kompensationsmaßnahme zu machen. Dies mache man sogar im Landratsamt, aber noch wichtiger sei die wirkliche Reduzierung von CO<sup>2</sup>.

Als Übergangsmaßnahme halte er grundsätzlich die Kompensationsmaßnahmen für sinnvoll. Aber es gehe ihm wirklich um Verbräuche. Man könne keinen Gewinn erzielen, wenn man alles noch einmal zusammenschreibe. Wenn der Freistaat Bayern dazu ein Förderprogramm auflege, werde die Verwaltung das gerne umsetzen.

Ansonsten stehe noch der Prüfauftrag an, ob der Klimaschutzmanager die Umsetzung des Radwegekonzeptes mit bewerkstelligen soll. Dies sei so ein enormes Volumen, so dass andere Klimaobjekte liegenbleiben müssten. Aber darüber werde im Herbst gesprochen.

Kreisrat Dr. Fahn habe mehrfach gesagt, dass Klimaneutralität jetzt im Moment das Thema sei. Landrat Scherf verweigere sich absolut dagegen, dass jetzt und im Moment Klimaschutz wichtig sei. Er und die Verwaltung haben seit 2014 bei allen Maßnahmen, egal ob Mobilität, Schulsanierung etc. den Klimaschutz priorisiert. Klimaschutz sei nicht nur in dem Moment wichtig, wo es einige Monate lang von den Medien gehyped werde. Man müsse langfristig und nachhaltig an diesem Thema arbeiten.

Kreisrat Weber findet den Antrag gut, weil das Thema immer wieder angesprochen werden müsse. Der Landkreis Miltenberg sei bereits gut unterwegs. Wenn es einzelne Details gebe, könne man diese abfragen. Das Ziel sei, sich mit dem Thema zu befassen. Auf diesem Weg solle es weitergehen.

Klimaneutralität bedeute, Energie einzusparen. Man habe im Landkreis Miltenberg keine Möglichkeit, CO<sup>2</sup> zu binden. Die Abläufe würden bei allen Projekten beachtet, damit man diese Ziele erreiche. Der Landkreis sei gut aufgestellt. Man habe den Bezug von Energie darauf ausgelegt. Man habe das Nahwärmenetz. Das seien alles gute Beispiele.

Kreisrätin Frey ist der Meinung, dass eine weitere Statistik in diesem Fall nichts bringen würde. Man solle bei den einzelnen Maßnahmen schauen, wie der Verbrauch reduziert werden könne.

Landrat Scherf plädiert zum Ende der Diskussion dafür, intensiv daran weiterzuarbeiten. Wenn der Freistaat Bayern im Herbst Anhaltspunkte für Förderprogramme gebe, könne man mit den vorhandenen Konzepten bereits an den Start gehen.

### **Die Mitglieder des Ausschusses fassen den einstimmigen**

#### **B e s c h l u s s:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum klimaneutralen Post- und Paketversand zustimmend zur Kenntnis.

Im Übrigen wird auf die unterschiedlichen Aktivitäten zur Reduzierung der klimaschädlichen Gase in den Liegenschaften des Landkreises in den einzelnen Bereichen und den Klimaschutzbericht im Herbst verwiesen.

Tagesordnungspunkt 5:

#### **Anfragen**

Es gibt keine Anfragen.

gez.

**Scherf**  
Vorsitzender

gez.

**Rittersdorf**  
Schriftführerin